

# Die Linke Mecklenburg-Vorpommern

## Antworten auf Ihre Wahlprüfsteine

### Fragenkatalog Europaunion

#### **Landwirtschaft, ländliche Räume und Fischerei**

**1. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) ist das wichtigste Förderinstrument für Landwirtschaft und ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern. Wie beurteilen Sie die aktuellen Diskussionen auf EU-Ebene zur künftigen GAP und zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)? Wie wollen Sie darauf Einfluss nehmen, und welche regionalspezifischen Maßnahmen wollen Sie im Rahmen der GAP ergreifen, um Wertschöpfung und Umweltschutz in Mecklenburg-Vorpommern besser zu verbinden?**

Die Linke will die GAP vom bloßen Flächenprinzip wegführen und öffentliche Gelder an ökologische, soziale sowie klima- und tiergerechte Leistungen, gute Arbeit und regionale Wertschöpfung binden. Für Mecklenburg-Vorpommern heißt das: regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung stärken, den Ökolandbau ausbauen, Vertragsnaturschutz, Moorschutz und Paludikultur fördern sowie Wasser-, Boden- und Artenschutz besser vergüten. Bei den Direktzahlungen ist unsere Linie: Die Basisprämie der ersten Säule muss zugunsten von Ökoregelungen und Programmen der ländlichen Entwicklung zurückgedrängt werden; große, rein flächengebundene Zahlungen sollen degressiv abgesenkt und gedeckelt werden, zugleich müssen Arbeitsplätze und soziale Kriterien berücksichtigt werden, damit beschäftigungsintensive ostdeutsche Betriebe nicht benachteiligt werden. Auf die Verhandlungen zum MFR und zur GAP werden wir über Landtag, Bundesrat und gegenüber Bundesregierung und EU politisch Druck machen. Klar ist für uns: ELER und EFRE müssen eigenständige, verlässlich ausgestattete Fonds bleiben; ländliche Entwicklung, LEADER, wasserwirtschaftliche Maßnahmen und regionale Förderkompetenz dürfen nicht in einem großen EU-Sammelfonds aufgehen.

**2. Wie wollen Sie mit Hilfe der EU den notwendigen Artenschutz und zugleich den Erhalt der Berufsfischerei in den Küstenregionen Mecklenburg-Vorpommerns sicherstellen? Welche Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie planen Sie?**

Die Linke will Artenschutz und den Erhalt der Berufsfischerei nicht gegeneinander ausspielen. Für Mecklenburg-Vorpommern bedeutet das, die verbliebenen Küstenfischer gezielt zu sichern, ihnen zusätzliche Aufgaben im Natur- und Gewässerschutz zu eröffnen und verbundene Tätigkeiten etwa im Tourismus zu erleichtern. Zugleich müssen die EU-Mittel für den Fischereisektor erhalten bleiben; Kürzungen beim EMFAF lehnen wir ab, weil ohne eine auskömmliche europäische Finanzierung weder Bestandsschutz noch Zukunftsperspektiven für Fischerei und Aquakultur gesichert werden können. Bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie wollen wir die Kommunen entlasten, indem Gewässerschutz, Renaturierung, wasserwirtschaftliche Maßnahmen und Naturschutz verlässlich kofinanziert werden. Dazu gehören weniger Nährstoffeinträge, nachhaltigere Landbewirtschaftung, der Schutz von Oberflächengewässern, Grundwasser und Küstenmeer

sowie wirksame Uferstreifen. Auch hier gilt: Ohne eigenständige Fonds für ländliche Entwicklung und Regionalförderung fehlen Kommunen die notwendigen Instrumente vor Ort.

## **Wissenschaft, Bildung und Jugend**

### **3. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Mecklenburg-Vorpommern als Forschungsstandort im Ostseeraum gegenüber hochfinanzierten Zentren in Skandinavien konkurrenzfähig bleibt, und welchen Beitrag wollen Sie zur europäischen Forschungskooperation leisten?**

Mecklenburg-Vorpommern kann im Wettbewerb mit hochfinanzierten Forschungszentren in Skandinavien nur dann bestehen, wenn es seine eigenen Stärken gezielt ausbaut: exzellente Hochschulen, starke außeruniversitäre Forschung, kurze Wege zwischen Wissenschaft, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie besondere Kompetenzen in Bereichen wie Klima, Nachhaltigkeit, Gesundheit, Bildung, Digitalisierung, maritimer Forschung und Friedensforschung.

Die Linke will deshalb die finanzielle Grundausstattung der Hochschulen verbessern, zusätzliche Verwaltungsstellen für wachsende Aufgaben schaffen und kooperative Forschung mit Gesellschaft, Kommunen und Praxis stärken. Wissenschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen, Freiheit und gute Arbeitsbedingungen. Dazu gehören Dauerstellen für Daueraufgaben, tariflich abgesicherte Beschäftigung und verlässliche Karrierewege auch jenseits der Professur.

Gleichzeitig muss Mecklenburg-Vorpommern seine internationale Sichtbarkeit erhöhen. Wir wollen mehr internationale Studierende und Wissenschaftler:innen für das Land gewinnen, das Landeshochschulmarketing gemeinsam mit den Hochschulen verbessern und Hochschulen als öffentliche Wissensorte stärker für die Gesellschaft öffnen. Gerade im Ostseeraum darf MV nicht versuchen, skandinavische Forschungszentren einfach zu kopieren. Stattdessen muss das Land mit eigenen Profilen überzeugen: durch anwendungsnahe, gemeinwohlorientierte, nachhaltige und europäisch vernetzte Forschung.

Zur europäischen Forschungskooperation will die Linke den Ausbau europäischer Studien- und Forschungsnetzwerke vorantreiben, transnationale Projekte zu Klima, Nachhaltigkeit, Bildung und sozialer Gerechtigkeit fördern und offene Zugänge zu Forschungsergebnissen sowie Wissenstransfer sichern. Wissenschaft ist für uns ein verbindendes Element in Europa. Sie soll frei, transparent und dem Gemeinwohl verpflichtet sein. Europäische Kooperation darf nicht nur den großen Zentren zugutekommen, sondern muss auch Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern stärken. Deshalb setzt sich die Linke dafür ein, dass Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Kommunen und Kultureinrichtungen aus MV aktiv in europäische Prozesse eingebunden werden und regionale Projekte europäischer Zusammenarbeit gezielt unterstützt werden.

### **4. Wie wollen Sie junge Menschen in Mecklenburg-Vorpommern stärker an europäische Politik heranführen, ihre politische Beteiligung fördern und europäische Bildungs- und Austauschprogramme im Land ausbauen?**

Junge Menschen müssen Europa nicht nur als abstraktes Institutionengefüge kennenlernen, sondern als Erfahrungsraum: durch Begegnung, Austausch, politische Bildung, Beteiligung und konkrete Mitgestaltung. Die Linke will politische Bildung und demokratische Teilhabe in allen Altersgruppen stärken. Dazu gehört eine bessere Ausfinanzierung der Landeszentrale

für politische Bildung ebenso wie die Überarbeitung von Förder- und Antragsrichtlinien, damit Beteiligungsformate besser unterstützt werden können.

Für junge Menschen bedeutet europäische Bildung vor allem: Europa muss erlebbar werden. Deshalb wollen wir Jugendverbände, Ferienfreizeiten, internationalen Austausch, politische Jugendarbeit und Medienbildung gezielt fördern. Kinder- und Jugendarbeit soll zur kommunalen Pflichtaufgabe werden, der Landesjugendplan bedarfsgerecht finanziert und die Landesjugendhilfeplanung strategisch ausgerichtet werden. Zudem will die Linke das Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz weiterentwickeln, eine:n unabhängige:n Kinder- und Jugendbeauftragte:n mit Kabinettsrang und verbindlichen Befugnissen einrichten und regelmäßig zur Lebenslage junger Menschen berichten.

Europäische Politik muss dort ansetzen, wo junge Menschen leben: in Schulen, Jugendverbänden, Hochschulen, Ausbildungsbetrieben, Vereinen, Jugendclubs und digitalen Räumen. Die Linke möchte europäische Begegnungsprogramme und Austauschinitiativen stärken, Jugend- und Kulturaustausch, Hochschulkooperationen sowie zivilgesellschaftliche Vernetzung fördern. Unser Ziel ist ein „Europa des Alltags“, in dem Zusammenarbeit, Solidarität und Begegnung friedensstiftend wirken.

##### **5. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit junge Menschen in Mecklenburg-Vorpommern bessere Chancen auf europäische Mobilität, Bildung, Ausbildung und grenzüberschreitenden Austausch erhalten?**

Junge Menschen in Mecklenburg-Vorpommern brauchen bessere Chancen, Europa praktisch zu erleben – unabhängig vom Einkommen der Eltern, vom Wohnort oder vom Bildungsweg. Europäische Mobilität darf kein Privileg für wenige sein. Sie muss auch für Jugendliche aus ländlichen Räumen, Auszubildende, junge Menschen mit Behinderung, junge Menschen aus einkommensarmen Familien und Jugendliche ohne akademischen Hintergrund zugänglich sein.

Die Linke fordert deshalb internationale Austauschprogramme, Jugendverbände, Ferienfreizeiten, politische Jugendarbeit und Medienbildung gezielt zu fördern. Darüber hinaus sollen europäische Begegnungsprogramme, Austauschinitiativen, Jugend- und Kulturaustausch, Hochschulkooperationen und zivilgesellschaftliche Vernetzung gestärkt werden. Für Studierende will die Linke den Hochschulzugang öffnen, internationale Studierende unterstützen, Studienverläufe flexibilisieren und Nachteilsausgleiche für Studierende mit Care-Arbeit, Erwerbstätigkeit oder Behinderung sichern.

Auch Ausbildung und berufliche Bildung müssen stärker europäisch gedacht werden. Gerade für MV als Ostseeland liegen Chancen in grenzüberschreitender Zusammenarbeit, in Partnerschaften mit Polen, Skandinavien und dem gesamten Ostseeraum sowie in europäischen Projekten zu Klima, Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Gesundheit, maritimer Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit. Die Linke will regionale Projekte fördern, die europaweite Zusammenarbeit ermöglichen, und internationale Solidarität durch Bildung, Kultur und Wissenschaft stärken.

## **Energie, Infrastruktur und Wirtschaft**

### **6. Welche europäischen Rahmenbedingungen braucht Mecklenburg-Vorpommern, um sein Potenzial für Offshore-Windenergie in der Ostsee voll auszuschöpfen? Wie wollen Sie sich für deren Umsetzung einsetzen?**

Um das Potenzial der Ostsee auszuschöpfen, braucht es von der EU verlässliche und langfristige Ausbauziele. Hierzu zählen auch vereinfachte, aber umweltverträgliche Genehmigungsverfahren, die die Natur und den Artenschutz wahren. Vereinfachte Verfahren sollen den Ausbau beschleunigen und bürokratische Hürden abbauen.

Wichtig ist hierbei der Fokus auf grenzüberschreitende Verbundnetze, „Meshed Offshore Grids“. Diese müssen stark gefördert werden, damit der Strom flexibel dorthin fließen kann, wo er benötigt wird. Damit der in der Ostsee erzeugte Strom optimal genutzt werden kann, brauchen wir eine stärkere Verzahnung mit der europäischen Wasserstoffstrategie. Dazu müssen wir auf Landesseite unsere Wasserstoffstrategie präzisieren und gleichzeitig muss die EU regulatorische Klarheit schaffen.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine Reform des Strommarktdesigns ein. Das Merit-Order-Prinzip ist aus unserer Sicht nicht sozial verträglich und nicht vertretbar. Wir brauchen ein System, bei dem die günstigen Produktionskosten der Erneuerbaren Energien bei den Bürger:innen und den Unternehmen ankommen und den Strompreis bestimmen. Deshalb fordern wir als ersten Schritt die Abkehr von der reinen Kopplung des Strompreises an das teuerste fossile Kraftwerk.

### **7. Wie wollen Sie den Ausbau grenzüberschreitender Energieinfrastrukturen im Ostseeraum unterstützen, insbesondere Strom- und Wasserstoffkorridore zwischen Deutschland, Polen, Dänemark und Schweden?**

Die Linke unterstützt den Ausbau von Strom- und Wasserstoffkorridoren im Ostseeraum, da eine sichere Energieversorgung im europäischen Verbund am sichersten funktioniert. Die Linke befürwortet daher auch das Projekt „Baltic Sea Hydrogen Collector“ und hat sich auf Landesebene für die Wiederaufnahme des Projekts der Hansa PowerBridge zwischen Deutschland und Schweden stark gemacht, da wir die Vorteile einer länderübergreifenden Kooperation sehen. Bei solchen Projekten ist für uns wichtig, dass die Finanzierung maßgeblich über EU-Mittel abgesichert wird (so wie es bei Baltic Sea Hydrogen Collector der Fall ist), damit die Kosten nicht einseitig über die Netzentgelte der Endverbraucher:innen umgelegt werden. Die Ostseeparlamentarierkonferenz bietet einen guten Rahmen, um diese Thematik zu vertiefen.

### **8. Wie wollen Sie die Rolle der Ostseehäfen Mecklenburg-Vorpommerns, etwa Rostock und Sassnitz/Mukran, als europäische Knotenpunkte stärken und Fährverbindungen in andere europäische Länder verbessern? Welche industriepolitischen Impulse wollen Sie setzen, um die maritime Wirtschaft und Hafenindustrie Mecklenburg-Vorpommerns im Ostseeraum zu stärken?**

Unsere Häfen in Mecklenburg-Vorpommern sind unverzichtbare Knotenpunkte. Dies gilt nicht nur für den Warenverkehr, sondern auch für die Energiewende. Wir sind der Auffassung, dass wir eine nationale Hafenstrategie benötigen. Aus diesem Grund fordern wir in der kommenden Legislatur eine Hafenstrategie MV. Aktuell informieren und arbeiten wir intern daran, wie diese aussehen könnte und schauen hier auf vorliegende Hafenstrategien in Deutschland und Europa.

Häfen sollen eine Rolle als Energie-Hubs spielen. Rostock und Sassnitz/Mukran sollen hierbei als zentrale Produktions- und Logistikstandorte für Offshore-Windenergie sowie für den Import und die Erzeugung von grünem Wasserstoff entwickelt werden.

Auch wollen wir überprüfen, wie nachhaltige Fährverbindungen nach Skandinavien und ins Baltikum ausgebaut werden können.

### **9. Wie wollen Sie die grenzüberschreitende Mobilität nach Polen und die Metropolregion Stettin unterstützen?**

Die Metropolregion Stettin ist für uns nicht nur ein wichtiger Wirtschaftspartner, sondern auch ein Anlaufpunkt als Tourismus- und Kulturstadt. Um diese Verbindung zu halten und zu stärken ist eine lückenlose Verbindung nach Stettin und auch in die entgegengesetzte Richtung unabdingbar. Auf polnischer Seite wird ab Ende des Jahres das Schienennetz ausgebaut, sodass die Strecke zweigleisig und elektrifiziert wird. Auf deutscher Seite bleibt die Strecke nach MV eingleisig. Hier wollen wir ansetzen und überprüfen, ob ein Ausbau auf zwei Gleise möglich ist, damit das Angebot attraktiver und verlässlicher wird.

## **Ostseeraum und Zusammenarbeit**

### **10. Wie wollen Sie die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Polen, Dänemark und Schweden vertiefen, um Herausforderungen im Ostseeraum – Migration, Sicherheit, Wirtschaft und Umwelt – gemeinsam zu lösen?**

Die Linke betrachtet den Ostseeraum als gemeinsamen Lebens-, Kultur-, Wirtschafts-, Wissenschafts- und Naturraum. Mecklenburg-Vorpommern profitiert in besonderem Maße von grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Deshalb setzt sich Die Linke für eine Vertiefung der Kooperation mit Polen, Dänemark und Schweden ein. Dabei sollen insbesondere europäische Begegnungsprogramme, Jugend- und Kulturaustausch, Hochschulkooperationen sowie die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure ausgebaut werden. Darüber hinaus werden europäische Studien- und Forschungsnetzwerke gestärkt und gemeinsame Projekte zu Klima, Nachhaltigkeit, Bildung, Gesundheit und Digitalisierung gefördert. Ziel ist es, die Zusammenarbeit im Ostseeraum nicht nur auf Regierungsebene, sondern auch zwischen Kommunen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und gesellschaftlichen Initiativen zu intensivieren.

Im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes setzt Die Linke auf eine enge Kooperation der Ostseeanrainerstaaten. Die Ostsee ist ein gemeinsames und besonders sensibles Ökosystem. Der Schutz der Meeresumwelt, die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels sowie der Ausbau erneuerbarer Energien und klimafreundlicher Technologien können nur gemeinsam gelingen. Deshalb unterstützt Die Linke den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten im Bereich Wasserstoff und Power-to-X-Technologien sowie eine verstärkte Zusammenarbeit bei nachhaltigen Energieprojekten.

Auch wirtschaftlich sieht Die Linke große Potenziale in einer stärkeren Ostseekooperation. Die Gesundheitswirtschaft, die maritime Wirtschaft, nachhaltiger Tourismus, Digitalisierung und innovative Energietechnologien bieten Möglichkeiten für gemeinsame Projekte und neue Arbeitsplätze. Das Wahlprogramm hebt insbesondere die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft als Innovationszentrum, die Weiterentwicklung des BioCon Valley sowie die Förderung neuer Zukunftsbranchen hervor.

Migration versteht Die Linke als gemeinsame europäische Verantwortung. Sie setzt sich für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik, sichere Fluchtwege und eine solidarische Verantwortungsteilung innerhalb Europas ein. Integration soll durch Sprachförderung, Bildung, gesellschaftliche Teilhabe und einen diskriminierungsfreien Zugang zu Arbeit und sozialen Leistungen unterstützt werden. Gerade im Ostseeraum bedarf es hierfür einer engen Abstimmung zwischen den beteiligten Staaten.

Sicherheit wird umfassend verstanden. Neben dem Schutz demokratischer Institutionen gehören Frieden, soziale Sicherheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt und internationale Verständigung dazu. Deshalb soll Forschung im Zeichen von Frieden, Demokratie und Nachhaltigkeit gestärkt und internationale Zusammenarbeit als Beitrag zur Konfliktprävention und Friedenssicherung ausgebaut werden.

**11. Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) sind eine entscheidende Investition der EU in strukturschwache Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern. Wie werden Sie sich in die Diskussionen um den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) einbringen, um eine auskömmliche Unterstützung für Mecklenburg-Vorpommern zu sichern? Unterstützen Sie den Vorstoß von EU-Kommission und Bundesregierung, in der kommenden Förderperiode mehr Entscheidungsgewalt über die konkreten Förderungen auf nationalstaatlicher Ebene zu bündeln? Wie können die ESIF in Mecklenburg-Vorpommern am besten genutzt werden, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu schaffen?**

Die Linke misst den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns bei. Als Flächenland mit großen ländlichen Räumen, einer vergleichsweise geringen Bevölkerungsdichte und besonderen demografischen Herausforderungen bleibt Mecklenburg-Vorpommern auch künftig auf eine starke europäische Kohäsionspolitik angewiesen. Die Linke wird sich deshalb im Rahmen der Verhandlungen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds einsetzen. Europäische Fördermittel leisten einen unverzichtbaren Beitrag dazu, regionale Unterschiede abzubauen, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und wirtschaftliche Entwicklung in strukturschwächeren Regionen zu ermöglichen.

Den Vorstoß der Europäischen Kommission und der Bundesregierung, künftig mehr Entscheidungsgewalt über die Verwendung der Fördermittel auf die nationale Ebene zu verlagern, lehnt Die Linke ab. Die bisherigen Förderperioden haben gezeigt, dass die europäische Kohäsionspolitik dann besonders wirksam ist, wenn Regionen, Länder, Kommunen, Sozialpartner, Wirtschaft und Zivilgesellschaft unmittelbar an der Ausgestaltung der Programme beteiligt werden. Mecklenburg-Vorpommern hat andere Herausforderungen, Potenziale und Entwicklungsziele als viele andere Regionen Deutschlands. Deshalb müssen Entscheidungen über Förderprioritäten auch weiterhin möglichst nah an den regionalen Bedarfen getroffen werden.

Die Linke möchte an den bewährten Strukturen der europäischen Kohäsionspolitik und an der direkten Zusammenarbeit zwischen den Regionen und der Europäischen Union festhalten. Eine stärkere Bündelung von Entscheidungen auf Bundesebene birgt die Gefahr, dass die spezifischen Interessen einzelner Regionen in deutschlandweiten Abwägungsprozessen an Gewicht verlieren. Gerade strukturschwächere Regionen dürfen nicht in Konkurrenz zu bevölkerungsstärkeren oder wirtschaftlich einflussreicheren Regionen benachteiligt werden. Dies gilt es zu verhindern.

Sollte sich die geplante Zentralisierung trotz des Widerstands der Regionen politisch nicht verhindern lassen, wäre es von entscheidender Bedeutung, verbindliche Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte der Länder und Regionen sicherzustellen. Die Linke würde sich in diesem Fall dafür einsetzen, dass Mecklenburg-Vorpommern frühzeitig und wirksam in die Programmplanung, Prioritätensetzung und Mittelvergabe eingebunden wird. Dazu braucht es transparente Beteiligungsverfahren zwischen Bund und Ländern sowie verbindliche Mechanismen, die gewährleisten, dass die besonderen Bedarfe Mecklenburg-Vorpommerns auch in einem stärker zentralisierten Fördersystem angemessen berücksichtigt werden.

Die ESIF-Mittel sollten aus Sicht der Linken insbesondere dazu genutzt werden, regionale Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen. Dazu gehören Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung, die Förderung innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen, die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten sowie Investitionen in Zukunftsbranchen wie die Gesundheitswirtschaft, die maritime Wirtschaft, die Digitalisierung und die Wasserstoffwirtschaft. Ebenso wichtig sind Investitionen in kommunale Infrastruktur, nachhaltige Mobilität und die Entwicklung ländlicher Räume. Europäische Fördermittel sollten dazu beitragen, wirtschaftliche Entwicklung, soziale Teilhabe und gute Lebensbedingungen in allen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns dauerhaft zu sichern.